Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 6. Oktober
2006 zur Struktur der Grundbuchämter und Einführung
des Elektronischen Grundbuchs in Baden-Württemberg**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 15. März 2007 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 14/991 Abschnitt II):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Vorschläge des Rechnungshofs aufzugreifen, insbesondere
 - a) ein Konzept für die Konzentration der Grundbuchämter im badischen Rechtsgebiet zu erarbeiten,
 - b) eine Übergabe des kommunalen Grundbuchs bis spätestens 31. Dezember 2012 auf das Land Baden-Württemberg vorzubereiten und dazu ein einvernehmliches Konzept mit den Kommunen vorzulegen, das die elektronische Erfassung beinhaltet,
 - c) die Erstdatenerfassung der Grundbücher zu beschleunigen und dabei die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen des Rechnungshofs hinsichtlich der Erfassungsmethoden einzubeziehen,
 - d) die Vorschläge des Rechnungshofs zur Straffung der Aufbau- und Ablauforganisation der Grundbuchämter zu berücksichtigen,
 - e) zur Erhöhung der Abrufgebühren aus dem Elektronischen Grundbuch auf eine Änderung der entsprechenden bundesrechtlichen Bestimmungen hinzuwirken und die vom Rechnungshof vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen umzusetzen;
2. dem Landtag über den Stand der Umsetzung bis 31. August 2007 zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2007 Nr. I 0451.3 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu 1. a) und b):

Die Landesregierung hat sich zwischenzeitlich darauf verständigt, den auf Seite 72 der Koalitionsvereinbarung vom 9. Mai 2006 vorgesehenen Übergang zum Notariat in freiberuflicher Amtsausübung in ganz Baden-Württemberg zum *1. Januar 2018* umzusetzen. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Notariatswesens wird die Aufgabe der Grundbuchführung in vollem Umfang auf das Land übergehen. Dies macht es erforderlich, eine Lösung für *das badische und das württembergische Rechtsgebiet* zu konzipieren. Es ist beabsichtigt, den Ministerrat im 1. Quartal 2008 mit den Eckpunkten der in Aussicht genommenen Lösung zu befassen.

Die Planungen des Justizministeriums sehen künftig eine Grundbuchführung an einer begrenzten Zahl von Amtsgerichten in Baden-Württemberg vor. Der Zuschnitt der künftigen Grundbuchamtsbezirke soll sich an den Wirtschaftsräumen orientieren, ohne die bestehenden Strukturen der Justiz außer Acht zu lassen. Zugleich soll in einzelnen Bezirken die Chance zur Stärkung des ländlichen Raums genutzt werden.

Sobald die Entscheidung des Ministerrats vorliegt, werden die notwendigen bundesrechtlichen Änderungen herbeizuführen und die räumlichen Voraussetzungen für die Übernahme der Grundbuchführung in ausschließlich staatliche Verantwortung zu schaffen sein. Der Vorbereitungsprozess und die Eingliederung der Grundbuchämter in die künftig mit der Führung der Grundbücher betrauten Amtsgerichte wird voraussichtlich fünf bis sieben Jahre dauern. Eine detaillierte Eingliederungsplanung wird im Rahmen der Vorbereitungsphase erstellt werden.

Zum 31. Dezember 2017 soll der Eingliederungsprozess abgeschlossen sein.

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Grundbuchführung wird dafür Sorge getragen werden, dass die Digitalisierung der Grundbücher mit der Eingliederung in die zentralen Standorte einhergeht. Vor dem Hintergrund einer angekündigten Gesetzesinitiative der Bundesregierung werden voraussichtlich die landesrechtlichen und technischen Voraussetzungen für einen elektronischen Rechtsverkehr mit den Grundbuchämtern sowie für eine elektronische Führung der Grundakten geschaffen werden.

Den Kommunen soll die Möglichkeit erhalten bleiben, Bürgern im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen Einsicht in das Grundbuch zu gewähren. Bei Kommunen, die Grundbucheinsichtsstellen einrichten, sollen die Ratschreiber weiterhin die Befugnis haben, Unterschriften zu beglaubigen. Unangetastet bleiben soll die Gebührenfreiheit der Gemeinden und Gemeindeverbände nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Landesjustizkostengesetzes.

Zu 1. c):

Während im württembergischen Rechtsgebiet die Digitalisierung der Grundbücher staatlichem Personal obliegt, ist sie bislang im badischen Rechtsgebiet im Regelfall Sache des kommunalen Personals. Lediglich bei elf Grundbuchämtern des badischen Rechtsgebiets ist ausschließlich staatliches Personal im Einsatz. Maßnahmen, die auf eine Beschleunigung der Erstdatenerfassung gerichtet sind, können aus Sicht des Justizministeriums nur insoweit

ergriffen werden, als es sich um Grundbuchämter mit ausschließlich staatlichem Personal handelt.

Die Erfassungs- und Freigabeleistung der *elf Grundbuchämter im badischen Rechtsgebiet mit ausschließlich staatlichem Personal* liegt im Schnitt der vergangenen vier Quartale bei rund 18.300 Grundbüchern pro Quartal. Unter Zugrundelegung dieser Zahlen ist mit einer Beendigung der Erstdatenerfassung bei diesen Grundbuchämtern bereits im ersten Quartal 2009 zu rechnen. Angesichts dieses sehr erfreulichen Erfassungsfortschrittes sieht das Justizministerium derzeit keine Notwendigkeit für weitere Maßnahmen in diesem Bereich.

Gem. § 27 Abs. 2 Buchst. a des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Verbindung mit § 3 a Abs. 1 der Zweiten Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit sind die *Kommunen des badischen Rechtsgebiets* verpflichtet, die für die Einführung des Elektronischen Grundbuchs erforderliche Hard- und Software zu beschaffen. Das maschinell geführte Grundbuchblatt ist in der Regel spätestens mit der Erledigung eines neuen Eintragungsantrags anzulegen. Allerdings sehen sich viele Kommunen angesichts ihrer weiterhin angespannten Haushaltssituation nicht in der Lage, die für die Einführung des elektronischen Grundbuchs notwendigen Investitionen zu tätigen. Ohne eine grundlegende Reform des Grundbuchwesens ist ein Abschluss der Erstdatenerfassung im Bereich der badischen Grundbuchämter, die von den Kommunen untergebracht und mit Personal ausgestattet werden, nicht erreichbar. Ein entsprechendes Erfassungskonzept ginge ins Leere.

Bezüglich des *württembergischen Rechtsgebiets* wurde bereits frühzeitig ein Erfassungskonzept entwickelt. Diese Konzeption geht davon aus, dass die Digitalisierung teilweise durch Mitarbeiter der Grundbuchämter, teilweise durch externes Personal zu erfolgen hat. Eine *verbindliche* Vorgabe für eine mindestens zu erfassende Anzahl von Grundbüchern ist darin allerdings nicht enthalten, denn die Bediensteten in den Notariaten und Grundbuchämtern sind durch den weiterhin hohen Geschäftsanfall und durch den in Folge der angespannten Haushaltsslage notwendig gewordenen Personalabbau erheblich belastet.

Freie Ressourcen für die zusätzliche Erfassung weiterer Grundbücher stehen daher nicht zur Verfügung.

Das Justizministerium hält in Übereinstimmung mit dem Rechnungshof die Eigenerfassung durch die Mitarbeiter der Notariate für die wirtschaftlichste Methode der Erstdatenerfassung, soweit diese Mitarbeiter unbezahlte Überstunden leisten. Das vom Rechnungshof verlangte überobligatorische Engagement der Mitarbeiter wird jedoch auf freiwilliger Basis erbracht und kann vom Justizministerium nicht eingefordert werden. Eine Intensivierung dieser „Erfassungsmethode“ – wie vom Rechnungshof gefordert – ist dem Justizministerium daher nicht möglich. Zudem stellt die Gewinnung von qualifizierten Kräften für die Prüfung und Signierung der elektronischen Eintragungstexte eine große Herausforderung dar. Ohne die Mitarbeit der Vermessungsbediensteten hätte der beachtliche Erfassungsfortschritt im württembergischen Rechtsgebiet nicht erreicht werden können. Das Justizministerium hält daher den Einsatz von Mitarbeitern der Vermessungsverwaltung weiterhin für unverzichtbar.

Aus Sicht des Justizministeriums ist eine Beschleunigung der Erstdatenerfassung nur unter gleichzeitiger Erhöhung der finanziellen Ressourcen erreichbar.

Zu 1. d):

Das Justizministerium hat die Abläufe in den Grundbuchämtern bereits einer eingehenden Organisationsuntersuchung unterzogen. Die Organisationsberatung des Justizministeriums hat anhand der Struktur und der Arbeitsabläufe zweier Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets mit ausschließlich staatlichem Personal inzwischen ein Modell entwickelt, wie ein Grundbuchamt optimal zu organisieren ist. Dieses Modell orientiert sich an einem Grundbuchamt mit ausschließlich staatlichem Personal und einer vollständig elektronischen Grundbuchbearbeitung.

Das Justizministerium beabsichtigt, das Modell im Zuge der Neuordnung des Grundbuchwesens umzusetzen.

Zu 1. e):

Das Justizministerium hat bereits erste Schritte zu einer Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen unternommen. So ist geplant, im Rahmen des zweiten Teiles des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes ein alternatives Gebührenmodell für das automatisierte Abrufverfahren zu schaffen. Einzelheiten dieses neuen Modells werden gegenwärtig unter Federführung des Bundesjustizministeriums, dem die Vorschläge des Rechnungshofs bereits unterbreitet wurden, erarbeitet. Ein genauer Zeitpunkt für den Abschluss dieser Arbeiten kann allerdings gegenwärtig noch nicht bestimmt werden.

Das Justizministerium hat darüber hinaus eine Informationsbroschüre für das automatisierte Abrufverfahren konzipiert, die potenziellen Nutzern des automatisierten Abrufverfahrens zur Verfügung gestellt werden soll. Schließlich beabsichtigt die Grundbuchdatenzentrale, weitere Informationsveranstaltungen für am automatisierten Abrufverfahren interessierte Teilnehmer anzubieten.